

THEMATISCHER SCHWERPUNKT: Germanistik morgen? Schwierigkeiten einer Fragestellung

<http://dx.doi.org/10.18778/2196-8403.2012.02>

JÜRGEN JOACHIMSTHALER / BEATA MIKOŁAJCZYK

Zum Schwerpunkt

Co można powiedzieć o rozwoju tej dziedziny na drodze ku „germanistyce jutra“? Główny tegoroczny przedmiot dyskusji spotkał się początkowo z dużą aprobatą, nie przynosząc jednak oczekiwanych rezultatów. Liczne wstępnie zapowiedziane artykuły, poparte bardzo często obszerną argumentacją, zostały wycofane. Rozmowy z potencjalnymi autorami i autorkami dają zadziwiająco spójny obraz germanistyki nie tylko w Polsce, ale także sytuacji, w której wprawdzie ze wszystkich stron proklamowana jest chęć wypowiedzenia się, ale ostatecznie do wypowiedzi takich (prawie) nie dochodzi. W miejsce zapowiedzianych tekstów konieczna jest więc analiza przyczyn odmowy.

Was lässt sich sagen über die Entwicklungen des Faches auf dem Weg zur „Germanistik morgen“? Die Ausschreibung des diesjährigen Schwerpunktthemas weckte zunächst viel Zustimmung, ohne dann jedoch entsprechende Ergebnisse zu zeitigen. Zahlreiche zunächst zugesagte Artikel wurden – begleitet von oft sehr ausführlichen Begründungen – zurückgezogen. Die Diskussionen mit den potenziellen Autoren und Autorinnen ergeben ein erstaunlich dichtes Gesamtbild der Germanistik nicht nur in Polen – und einer Situation, in der zwar Äußerungsbedarf von vielen Seiten proklamiert wird, sich dann aber doch lieber (fast) niemand äußert. An die Stelle versprochener Texte muss deshalb der Blick auf die Gründe für ihre Verweigerung treten.

What can be said about the development of the branch on the way towards the „German studies of tomorrow“? This year’s main topic of discussion originally met with great approval, however, it failed to bring about expected results. Numerous articles, which had been preliminary announced, very often supported by comprehensive arguments, were withdrawn. The discussion with potential authors provided a surprisingly coherent image of the German Studies – not only in Poland – but also of the situation in which the will to express one’s opinions is proclaimed from all sides, but finally such expression hardly takes place. Thus, it is necessary, in place of the announced articles, to analyse the reasons for such refusal.

Die Ausschreibung eines Schwerpunktthemas ist immer auch ein Experiment mit noch offenem Ausgang, eine Versuchsanordnung, deren Ergebnis ausgewertet werden muss, um verständlich zu werden. Dies gilt insbesondere für das diesjährige Schwerpunktthema „Germanistik morgen“, dessen ‚Ergebnis‘ für alle Beteiligten unvorhersehbar und überraschend ist umso mehr, als dies nicht die erste Ausschreibung seiner Art ist – schon öfter hatte *Convivium* mit jeweils breitem Echo zur Selbstreflexion des Faches eingeladen. Auch dieses Mal schien ein positives Ergebnis fast schon sicher vorhersagbar. Das Thema war an uns als Vorschlag von außen, von befreundeter kompetenter Seite, vom DAAD herangezogen worden und hatte in Beirat und Redaktion allgemeine Zustimmung ausgelöst. Es wurde auch von den vielen Wissenschaftlern außerhalb des Jahrbuchs, mit denen wir darüber sprachen und korrespondierten, zunächst einhellig begrüßt, nicht zuletzt in zahlreichen, oft auch sehr persönlichen Gesprächen mit Kollegen aus aller Welt während des IVG-Weltkongresses in Warschau. Diese bestätigten uns darin, dass wir „gerade jetzt“ angesichts zahlreicher Transformationsprozesse innerhalb der gesamten Wissenschaftslandschaft, insbesondere aber natürlich in der Germanistik mit ihren vielen unterschiedlichen ‚Gesichtern‘ die richtige Themenwahl getroffen hätten. Viele Angesprochene versprachen in spontaner Reaktion einen Beitrag und nannten unterschiedliche Fragestellungen, die sie unbedingt behandeln wollten, darunter auch einige, die wir in unserer Themenausschreibung gar nicht berücksichtigt hatten, wie zum Beispiel das gegenwärtige Verhältnis zwischen der sogenannten Inlands- und Auslandsgermanistik. Man kann sich heute sehr wohl fragen, ob sich diese Zweiteilung der Germanistik in einer von Migration gekennzeichneten Welt mit immer mehr Menschen mit fremdkulturellem Hintergrund auch in deutschen Germanistikseminaren überhaupt noch aufrechterhalten lässt und wie sich diese auf die Entwicklung der germanistischen Lehre in einem auch im Bildungsbereich grenzenlosen Europa ‚post Bologna‘ auswirkt. Wird diese überkommene Differenz(ierung) nicht aus vielen Gründen (z.B. der kontinuierlichen Angleichung der Studienpläne europaweit, einer immer stärkeren Mobilität der Studierenden wie der Dozenten) zunehmend anachronistisch? Vielleicht wird die schleichende Auflösung dieser didaktisch einst notwendigen, von der veränderten Zusammensetzung der Studierenden (zumindest im Master-Bereich) aber zunehmend überholten Unterscheidung aus der Sicht eines künftigen Rückblicks einen wichtigen Übergang in der Entwicklung einer künftigen „Germanistik morgen“ markieren?

Wir bereiteten uns jedenfalls angesichts vieler angekündigter Artikel auf ein eher schwieriges Auswahlverfahren vor – und mussten dann erleben, dass

Zum Schwerpunkt

nach und nach die meisten der mit viel Begeisterung zugesagten Beiträge zurückgezogen wurden und am Ende von Seiten der primär angesprochenen polnischen Germanistik kein publikationsfähiger Text vorlag – nicht einmal von Seiten der polnischen (wie übrigens auch der deutschen) Beiratsmitglieder von *Convivium*. Einige polnische Kollegen standen mit uns sehr lange in ausführlichen Brief- oder Mailwechseln, in denen wir ihre Argumente für und wider einen, für und wider ihren Beitrag zum Thema gründlich besprachen – und die angedachten Artikel vergeblich zu retten versuchten. In (fast) jedem Fall ließ die ursprüngliche Begeisterung nach, mit der Zeit wuchs kontinuierlich die Zahl der nicht und niemals von uns vorgebrachten Gegenargumente (auf einige gehen wir unten ein) gegen eine Beteiligung am diesjährigen Schwerpunktthema, so dass am Ende etliche fast fertige Beiträge nicht eingereicht wurden. Auch Zusagen aus anderen Ländern wurden zurückgezogen, lediglich der Eröffnungsbeitrag von Csaba Földes (Veszprém/Ungarn), des Präsidenten des Mitteleuropäischen Germanistenverbandes, und zwei Bestandsaufnahmen aus Belgien und Litauen gingen wie versprochen ein.

Dies bedarf einer Erklärung. Da die Absagen, die wir erhielten, von Erklärungen und oft viel Kommunikation über die Absage begleitet waren, ergibt sich ein durchaus aussagekräftiges und differenziertes Gesamtbild, das in der Summe sehr wohl eine Antwort auf das Ausschreibungsthema darstellt. Bevor dies etwas genauer dargestellt werden kann, muss noch auf ein ‚Nebenproblem‘ eingegangen werden, an das bei der Ausschreibung weder wir noch in ihren ersten Zusagen mindestens einige der Angesprochenen gedacht hatten. In vielen Absagen war dann aber davon die Rede, dass man sich – abgesehen von allen anderen Gründen – „gerade jetzt“ nicht substantiell äußern könne, vielleicht „gerade jetzt“ auch lieber nicht äußern wolle. Genau das also, was ursprünglich vielen, auch uns, als erfolversprechend galt, die Aktualität des Themas, erwies sich als eines der größten Hindernisse des Unterfangens. Mit dem „gerade jetzt“ in den Antworten nämlich ist bzw. war gemeint eine Zeit des mehrfachen Umschwungs gerade während der Phase, in der die Beiträge hätten verfasst werden müssen: In Polens Wissenschaftslandschaft standen Veränderungen an, deren konkrete Auswirkungen noch nicht abzusehen waren (wenn wir ehrlich sein wollen, dann müssten wir feststellen, dass sie weiterhin nicht abzusehen sind) – welche Gestalt würde insbesondere das am 1. Oktober 2011 offiziell in Kraft getretene neue polnische Hochschulgesetz mit der „seit der politischen Wende umfangreichsten Reform des polnischen Hochschulsystems“ (MAKOWICZ 2011:774) in der praktischen (zeitverzögerten) Adaption zuerst durch die einzelnen Universitäten und dann auch die Fa-

kultäten annehmen? Die nicht unumstrittenen Grundsätze harrten ja noch ihrer von Ort zu Ort durchaus unterschiedlichen Konkretisierung. Einerseits war die Zeit für Grundsatzdiskussionen über das Hochschulgesetz damit (zumindest vorläufig) beendet, andererseits noch nicht völlig absehbar, wie die Arbeitsbedingungen vor Ort künftig konkret aussehen würden.

An vielen Hochschulen und Einzelinstituten in Polen wurde zudem im Zuge der periodischen Gremienwahlen ein Generationenwechsel eingeleitet (sichtbar auch am zunehmenden Interesse für die jüngere Fachgeschichte; vgl. KUNICKI/ZYBURA 2011), so dass die Umsetzung des Hochschulgesetzes oft Hand in Hand ging mit komplizierten Personalverhandlungen, mit deren nach Ablauf der Abgabefrist gelegentlichem Ende oft weitreichende Entscheidungen verbunden waren. Programmatische Äußerungen mochten sich damit während der Niederschrift auf einen Kontext beziehen, der zum Zeitpunkt der Publikation gar nicht mehr aktuell war. Auch deshalb wurde die anfangs begrüßte Möglichkeit der Vorstellung anspruchsvoller Zukunftskonzepte, die an einigen Orten entwickelt werden, nicht genutzt: Die endgültige Entscheidung über die weitere Entwicklung vieler dieser Konzepte fiel in die Zeit kurz nach dem letztmöglichen Abgabedatum für die Beiträge.

Dieses ‚Nebenproblem‘ der Terminierung korrespondiert mit anderen, in der Sache gewichtigeren Absagegründen, die von den Rahmenbedingungen germanistischen Arbeitens bis hin zu auch inhaltlich substantiellen Gründen reichen. Zu den Rahmenbedingungen gehören zunächst die Arbeitsverhältnisse; eine Absage aus Polen war damit begründet – andere deuteten Ähnliches eher vorsichtig an –, dass die vielerorts noch immer gegebene Möglichkeit und oft auch der schlichte materielle Zwang zum Zusatzverdienst, zu „zweiten“ Stellen an nachgeordneten oder privaten Bildungseinrichtungen oder auch nur die Übernahme von Aufträgen etwa als Übersetzerin oder Übersetzer jede idealistische programmatische Arbeit konterkarieren würde – nicht nur wegen der damit einhergehenden Zeitbelastung, die das Engagement in der „ersten“ Stelle zwangsläufig beschnitt, sondern auch weil in der Sache sinnvolle Veränderungen von manchen Wissenschaftlern aus Sicht ihrer ersten Stelle durchaus gewollt, mit Rücksicht auf ihre „zweite“ Stelle aber abgelehnt werden können: Jedem sei klar, so eine Stimme, dass das System mit seinen sich überschneidenden Bildungszuständigkeiten an verschieden profilierten öffentlichen und privaten Hochschulen unterschiedlichen Typs aus sachlichen Gründen beschnitten werden müsste (allein etwa wegen der Vergleichbarkeit der Inhalte und der Abschlüsse), dass genau dieses System aber umgekehrt allein dazu in der Lage sei, die schlechten

Zum Schwerpunkt

Gehälter mit zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten auszugleichen – und damit oft überhaupt erst aufopferungsreiche individuelle Forschungsarbeit ermöglichen könne. Sich in dieser Situation programmatisch zu äußern, müsste an diesen im Augenblick praktisch nicht auflösbaren Widerspruch rühren und in der jeweils konkreten Situation in die Aporie, in den Selbstwiderspruch des sich Äußernden führen.

Dies ist ein Problem vor allem der Hochschuleinrichtungen in den einst sozialistischen Ländern. Doch vor einer durchaus vergleichbaren Aporie stehen die Wissenschaftler auch in Deutschland und den Ländern des ‚Westens‘ (dessen Probleme umgekehrt zunehmend auf Polen und die anderen ostmitteleuropäischen Länder übergreifen): Nicht die Belastung durch die Notwendigkeit des Zusatzverdienstes ist hier freilich in der Regel das Problem (obwohl es genug prekär beschäftigte Wissenschaftler gibt), sondern die zunehmende Abhängigkeit von Projekten mit begrenzten Laufzeiten, aufgrund derer immer mehr Stellen nur befristet sind und, gravierender noch, neben dem Normalbetrieb in Forschung und Lehre bei ohnehin stark zunehmender Bürokratie immer schon an die nächsten Folgeanträge gedacht werden muss. Das Ergebnis ist nicht nur zunehmende Arbeitsbelastung der Wissenschaft mit administrativen Aufgaben, sondern auch eine oft unfreiwillige Abhängigkeit von den Geldgebern und damit von deren inhaltlichen Vorgaben („Antragsrhetorik“ ist ein bezeichnendes Schlagwort für die verbale Selbsteinpassung in Formulierungsschablonen geworden). In *Forschung & Lehre*, der Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbandes, sind schon mehrfach die Folgen beklagt worden: Die Projekte werden immer stromlinienförmiger, nicht mehr Innovation, sondern Vorgabenerfüllung zeichnet bei potenziellen Geldgebern erfolgsversprechende Forschungsprofile aus (vgl. etwa HARTMANN 2012). In dem Maße, in dem durch Akkreditierungskommissionen und universitätsinternes Qualitätsmanagement jedes kleinste Bauteil der modularisierten und damit tatsächlich per Punkteraster scheinbar leicht verwaltbaren Studiengänge durchleuchtet und in Meta-Evaluationen wiederum der Evaluationsvorgang akribisch untersucht wird, greift diese Anpassung an fremde Vorgaben auch auf die Lehre durch: Nicht nur das Einhalten von ‚Spielregeln‘ im Umgang mit den Studierenden wird dabei untersucht, sondern auch das ‚Profil‘ von Studiengängen nach Kriterien bewertet, die nicht unbedingt den inneren Notwendigkeiten der jeweiligen Fächer entnommen sind, sondern ihnen vom „Bildungsleviathan“ (KAHLERT 2012) von außen aufgegeben werden (zur grundsätzlichen Kritik der deutschen Bildungspolitik vgl. MÜNCH 2007 und MÜNCH 2009).

Doch auch in Polen spürt man eine zunehmend stärkere Notwendigkeit, sogenannte ‚Drittmittel‘ einzuwerben. Das, was noch vor ein paar Jahren als sicher galt, d. h. eine (sehr bescheidene) staatliche Subventionierung der Forschung durch das Ministerium, läuft langsam aus, die zugewiesenen Mittel werden immer spärlicher. Als sehr fraglich erweisen sich demgegenüber die Kriterien, nach denen die Verteilung per Antrag einwerbbarer staatlicher Gelder als „Drittmittel“ erfolgt: Sie bevorzugen vor allem Natur- und Technikwissenschaften. Ein weiteres schwieriges Problem stellt die Instabilität der Vergabekriterien dar: Sie werden ziemlich oft geändert. Überdies reichen die knappen Mittel bei Weitem nicht aus. Deshalb muss von den Wissenschaftlern nach weiteren Mitteln gesucht werden – was erst einmal gelernt sein will. Dabei lassen sich zwei Schwierigkeiten beobachten: Einerseits stehen polnische Germanisten (dies betrifft genau genommen alle Kollegen aus den sogenannten ‚ehemaligen sozialistischen Ländern‘) noch am Anfang dieses Lernprozesses, genauer gesagt: Sie lernen natürlich nicht, ihre Projekte zu beschreiben – dies konnten sie schon früher –, sondern sie so zu beschreiben, dass sie in die oben geschilderten Schablonen für ‚Antragsrhetorik‘ passen und aufgrund dieser Rhetorik – nicht ihres Inhalts – im konkreten Auswahlverfahren möglichst effektiv sind. Dies belastet nicht nur zeitlich, viele sind auch grundsätzlich der Meinung, dass dies sinnlos verlorene Zeit sei, die man besser der eigentlichen Forschung, dem für den Wissenschaftler Wesentlichen also, widmen könne.

Andererseits muss zugleich festgestellt werden, dass die polnische Wissenschaftslandschaft über eine sehr geringe Zahl von Stiftungen etc. verfügt, bei denen sich überhaupt im Land selbst Drittmittel einwerben lassen. Es handelt sich dabei in der Regel um durch das Ministerium ins Leben gerufene staatlich verwaltete Zentren, wie z. B. das Nationale Forschungszentrum mit Sitz in Warschau (Narodowe Centrum Nauki), das ausgewählte Projektvorhaben mit staatlichen Mitteln unterstützt. Immer noch fehlen Initiativen, die seitens der Wirtschaft kommen würden und auch an Geisteswissenschaftler oder interdisziplinäre Forscherteams adressiert wären.

Sehr oft sind polnische Kollegen aus diesem Grunde frustriert, ihre Forschung, oft auch ihre Lehre wird vom Einwerben der dafür nötigen Mittel abhängig, aber die Möglichkeiten, sie einzuwerben, sind sehr beschränkt. Ihre berufliche Existenz hängt dabei oft vom Erfolg beim Gewinn von Zusatzmitteln ab – in der alle zwei Jahre stattfindenden Bewertung eines Wissenschaftlers durch seine Universität wird dieser Punkt immer wichtiger. Dies ist freilich

Zum Schwerpunkt

ein Dilemma fast jedes polnischen Geisteswissenschaftlers, nicht nur der Germanisten...

Ähnlich gravierende Umstellungen gibt es auch im Bereich der Lehre – mit zunehmend ähnlichen Konsequenzen wie bei der deutschen Modularisierung. In Polen neu eingeführt wurden zunächst die sogenannten „ministerialen Standards“, d.h. Mindestanforderungen, die vom Ministerium für das Hochschulwesen bestimmt wurden und denen jeder Studiengang entsprechen muss. Diese Mindestanforderungen lassen zurzeit sehr wenig Spielraum bei der Gestaltung der Studienpläne, in die immer weniger von dem wissenschaftlichen Ertrag des jeweiligen germanistischen Instituts einfließen kann. Dies wird sich nun aber bald wieder etwas ändern, die Lehre wird, nicht nur im Fach Germanistik, aber auch dieses hat unter dieser ‚Übergangssituation‘ zu leiden, bald zweigleisig erfolgen. Den Studierenden, die vor dem 1. Oktober 2012 ihr Studium begonnen haben, wird ein Curriculum angeboten, das sich noch an diese „ministerialen Standards“ hält. Es ist sehr starr und erzwingt eine starke Verschulung. Bestimmte Inhalte, Themen sogar und Lehrveranstaltungen, die Zahl der Unterrichtsstunden und der ECTS-Punkte sind vorgeschrieben. Dies hat an den Universitäten zu einiger Empörung geführt. Parallel dazu laufen seit den letzten drei, vier Jahren zunächst langsam, seit Inkrafttreten des neuen polnischen Hochschulgesetzes vor wenigen Monaten auf Hochtouren die Vorbereitungen zur Modularisierung der Studiengänge und eine noch engere Anpassung an den Bologna-Prozess. Die Universitäten und die einzelnen Fakultäten mussten bis Ende Juni 2012 ihre Studienpläne neu definieren, ohne dass man sich nun jedoch allzu streng nach Vorgaben des Ministeriums oder der Polnischen Akkreditierungsbehörde (Polska Komisja Akredytacyjna) hätte richten müssen. Die Fakultäten haben dadurch mehr Freiraum gewonnen, was selbstverständlich mit mehr Selbstverantwortung (auch gegenüber den Studierenden) verbunden ist. Die ersten Erfahrungen lassen einen bescheidenen Optimismus zu. Die meisten Fakultäten und Hochschulen, an denen Germanistik oder Deutsch als Fremdsprache unterrichtet wird, haben diese Vorbereitungsphase beendet. Neue Studienpläne sind – im Augenblick (Sommer 2012) noch nur auf dem Papier – fertig, ab Oktober 2012 beginnt die nächste, die wohl schwierigste Phase: die Testphase. Diejenigen neuen Studienpläne, mit denen wir uns bekannt machen konnten (auch dank der Tatsache, dass mit Beata Mikołajczyk eine von uns als Mitglied der Polnischen Akkreditierungsbehörde dazu verpflichtet ist), lassen feststellen, dass die meisten Universitäten und Hochschulen und die für die Curricula Zuständigen (was in ihrer Situation – sie können aufgrund der administrativen Belastung oft keine eigenen For-

schungsprojekte durchführen – nicht wundert) in vielen Fällen eher konservativ eingestellt sind. Die meisten neuen Studienpläne ähneln deshalb denen, die zuvor nach den ministerialen Mindestanforderungen gestaltet worden waren. Diese Konservativität lässt sich sicher auch mit der durch stets neue Reformen als instabil empfundenen Situation in der gesamten Wissenschaftslandschaft erklären. Erschöpft von den vielen rasch aufeinander folgenden, jeweils sehr arbeitsintensiven Reformen fragt sich manch einer nach dem Sinn immer neuer, immer nur vorübergehend gültiger Umstrukturierungen und hält lieber am bereits ‚Bewährten‘ bzw. Etablierten und Gewohnten fest.

Auf ein wenig positives Echo stößt in Polen z. B. die durch das neue Hochschulgesetz geschaffene Möglichkeit, Studiengänge mit einem „praktischen“ Profil zu errichten. Dies erfordert eine sehr enge Zusammenarbeit mit potentiellen Arbeitgebern, die nicht nur in die Gestaltung des Curriculums, sondern auch in die Lehre (Praktika, Lehrveranstaltungen direkt in den Unternehmen, Durchführung von Lehrveranstaltungen durch erfahrene Praktiker, eine enge Kooperation bei der Evaluierung) involviert sein sollten. Die bisherige Zurückhaltung der Dozenten in dieser Hinsicht, die darin eine Gefahr für die Prinzipien Humboldts und eine Umwandlung der Universität in eine Fachhochschule sehen, stößt auf einen bis jetzt eher deklarativ erklärten als wirklich in konkrete Angebote übersetzten Willen organisierter Wirtschaftsvertreter und einzelner Unternehmer, an einem solch anspruchsvollen Projekt, das die ständige Präsenz aller Beteiligten erfordert, tatsächlich teilzunehmen. Auch bleibt etwas unklar, wie philologische Praktika jenseits der bereits altbewährten Sprach- und Übersetzungsübungen und der didaktischen Versuchsstunden aussehen sollen.

Dies sind natürlich nur einige Impressionen zur Entwicklung der Studiengänge an den polnischen Hochschulen, eine gründliche Analyse steht noch aus, es ist eindeutig noch zu früh, die Situation vollständig und zweifelsfrei richtig einzuschätzen. Vielleicht könnte der Beirat von *Convivium* in Erwägung ziehen, Germanisten aus der gesamten EU in etwa fünf Jahren zu einem thematischen Schwerpunkt einzuladen, im Rahmen dessen die Situation der germanistischen Studiengänge nach dem Bologna-Wandel im gesamteuropäischen Vergleich erörtert werden könnte. Vielleicht fänden dann auch diejenigen polnischen Kollegen, die diesmal „gerade jetzt“ ihren Beitrag nicht verfasst haben, die Zeit dafür passender, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Doch manchen wird auch die Aufforderung zu steter Äußerung zu viel. Tatsächlich wird auf die Hochschulen und die Lehrenden ein unaufhörlicher Erklärungszwang ausgeübt, so dass viele schon mehr Zeit mit Berichten über

Zum Schwerpunkt

ihre Tätigkeit als mit dieser selbst verbringen zu müssen glauben. Auch dabei entwickelt sich eine eigene Rhetorik. Was der Idee der Verwalter entsprechend Transparenz (für die Verwaltung) verspricht, gerät in der Praxis zu einem Anpassungszwang, dem mit Rücksicht auf Gelder und Stellen niemand allzu offen widersprechen will. Reformbedürfnisse stoßen an Rahmenbedingungen, innerhalb derer es unklug sein kann, sie zu äußern – dies gerade dann, wenn die Rahmenbedingungen selbst schon dem Muster permanenter verordneter Reform folgen. Unsere Themenauswahl wurde offensichtlich – und daher die anfängliche Euphorie – anfangs als eine Möglichkeit betrachtet, sich unliebsamen Entwicklungen gegenüber kritisch äußern zu können, in der konkreten Umsetzung aber überwogen die Bedenken gegenüber den Folgen, die das Ausnutzen dieser Möglichkeit im jeweils konkreten Fall nach sich ziehen könnte. Eine der Mails, die wir erhielten, enthielt denn auch den Satz: „Man kann nicht an allen Fronten kämpfen.“ Gerade weil intern oft noch gerungen wird um Freiräume für Forschung und Lehre, kann es tatsächlich mit Rücksicht auf die konkrete Situation vor Ort besser sein, sich öffentlich nicht zu äußern.

Dies führt zu einem in wohl fast allen Ländern Europas beobachtbaren Effekt: Nach vielen Jahren ständiger Reform, die vor allem deshalb für die (oder zumindest für viele) Mitarbeiter der Universitäten so mühsam waren, weil die Zunahme der Entscheidungsgremien zu einer beständigen Beratungssituation mit permanenter Dokumentations-, Berichts- und Erklärungspflicht führte, zeigen sich Verschleiß- und Ermüdungserscheinungen. Kaum eine Idee, die mit anfangs großem Engagement, von ‚unten‘, von den Institutsmitarbeitern selbst entwickelt worden war, gelangte schließlich unverändert durch die Gremien. Gedanken, Entwürfe und Programme wurden verwässert, wo nicht gar verdreht, ohne dass dafür noch ein Verantwortlicher, in vielen Fällen nicht einmal ein verantwortliches Gremium feststellbar wäre. Die Bürokratie schafft sich ihre eigenen Abläufe und verbraucht das, was sie verwaltet. Logischerweise verbreitete sich in den letzten Jahren eine gewisse Erschöpfung (JANSEN 2011; SPIEWAK 2011), der Eindruck, zermüht zu werden in zum Selbstzweck gewordenen Verwaltungsabläufen. Die Verwaltung der Köpfe, die Meta-Ebene der Wissenschaft ist der Wissenschaft entwunden worden und in die Hände einer – wohlmeinenden – Bürokratie übergeben worden, die jedes Denken vor die Wahl stellt, ein Andenken gegen oder ein Nachvollziehen von Vorgaben zu sein, deren Herkunft in der Ungewissheit von Kommissionen verschwindet, die Empfehlungen anderer Kommissionen an weitere Kommissionen weitergeben, bis kollektiv entstandene Texte Regelwerke enthalten, die kein einzelner Verstand zu verantworten und in dieser

Form kein einzelner Beratungsteilnehmer so je gewollt hat. Die Komplexität einander ergänzender Paragraphen aus unterschiedlicher Quelle führt zudem zu Effekten ganz eigener Art, Zitat eines Beobachters: „Freiräume des Denkens sind nicht mehr garantiertes Verfassungsgut, sondern ungeplantes Ergebnis von den Planern noch unbemerkter Widersprüche zwischen Einzelvorschriften.“ Auch viele Germanisten haben sich, anfangs durchaus begeistert über erhoffte Verbesserungsmöglichkeiten, lange mit Reformen und Programmen, Curricula, Modulen und Leistungspunkten, mit Studienfachbeschreibungen und Profilen herumgeschlagen; der geringe Einfluss der Beteiligten auf die Ergebnisse führte auch hier zu verstärkter Demotivierung, oder, wie ein befreundeter Wissenschaftler während jener Tagung des Beirats von *Convivium*, während der das negative Ergebnis der Ausschreibung bereits sichtbar wurde, etwas ironisch fragte: „Jahrelang haben die Germanisten über ihr Fach gesprochen. Was können sie denn nun überhaupt noch sagen?“

Nicht dass das Bedürfnis, sich zu äußern, abgestorben wäre, es ist angesichts einer als Entfremdung erfahrenen Entwicklung sogar stärker als zuvor, mündet aber angesichts der Umstände häufig entweder in Resignation – oder in den Versuch, unterhalb zunehmend als sinnlos erachteter öffentlicher und grundsätzlicher Auseinandersetzungen den Umständen doch noch das Beste für Wissenschaft, Mitarbeiter und Studierende abzutrotzen. In diesem gar nicht so seltenen Fall freilich verbietet sich trotz gelegentlich aufkeimender polemischer Lust – und unsere Ausschreibung wirkte hier offensichtlich zunächst inspirierend – der öffentliche Aufschrei. Anstelle von Programmatik ist der mühsame Weg der Gremienarbeit, der täglichen Verteidigung von Forschung und Lehre und des Antragschreibens angesagt (aus einer auf Drittmittelinwerbung spezialisierten Forschungseinrichtung erfuhren wir deren nüchterne Rechnung: Von zehn sehr guten Anträgen kommt einer durch, also müssen wir entsprechend viele sehr gute Anträge schreiben). Sach- und d.h. forschungsorientierte Arbeit wird ohnehin schon zur Genüge erschwert – nicht zuletzt durch Evaluationskriterien, in denen oft nicht mehr Ergebnisse (Publikationen) zählen, sondern Versprechen, sprich: eingeworbene Drittmittel – gleichgültig, wie erfolgreich mit diesen dann gearbeitet wird. Das Zentrum geisteswissenschaftlichen Arbeitens – geistige Erkenntnis (in Auseinandersetzung mit Texten und Traditionen) und deren Mitteilung in überlegt formulierter Publikation – wird davon gar nicht mehr erfasst.

Wer noch an geisteswissenschaftlichen Arbeitsidealen festhält, muss dies deshalb immer häufiger unter Umständen tun, die diesen nicht günstig sind.

Zum Schwerpunkt

Auch dies belebt einerseits theoretisch die Lust zur Wortmeldung und behindert andererseits zugleich praktisch deren Umsetzung: Man schreibt ja ohnehin schon so viele Berichte, Protokolle, Entwürfe etc., dass man die knappe verbleibende Zeit doch lieber nutzt für noch als sinnvoll erachtete konkrete wissenschaftliche Arbeit als für einen weiteren Meta-Text – zumal auf der Ebene der öffentlichen Debatte zur Zeit ohnehin wenig zu gewinnen scheint. Die Entscheidungen fallen in Gremien, nicht durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Dies alles hört sich nun sehr pessimistisch an und sagt dabei noch nicht einmal etwas aus über die Herausforderungen, vor denen das Fach zunächst steht. Eigentlich war die Ausschreibung dazu gedacht, Antworten **darauf**, auf konkrete aktuelle Problemlagen noch viel substanziellerer Art zu finden. Nicht umsonst war in unserer Ausschreibung die Rede gewesen davon, dass die Umstellung der Schullehrpläne in Polen und vielen anderen Ländern zu einer Absenkung des sprachlichen Eingangsniveaus der Studienanfänger führt und das traditionell hohe Niveau des philologisch anspruchsvollen Germanistikstudiums zu unterlaufen droht; wir wiesen hin auf das – politisch geförderte – Übergewicht des Englischen in Wirtschaft, Politik und Medien, auf das Problem sinkender Bewerberzahlen in einigen (nicht allen) Ländern und Instituten, was durch den demographischen Wandel, aber eben auch den Trend zum Englischen begründet ist, in den Ländern Ostmitteleuropas aber weiterhin durch die gestiegene Mobilität, die es an Germanistik interessierten jungen Menschen erleichtert, gleich direkt in Deutschland oder Österreich zu studieren. Zumindest einige Institute (etwa in Tschechien) sind im Kampf um Studierende in zusätzliche, diesmal aber von der Lage vor Ort selbst ausgehende Veränderungs- und Anpassungszwänge geraten.

Ein Thema spielte denn auch in einigen Korrespondenzen zum Schwerpunktthema immer wieder eine Rolle: Das Interesse am Deutschen geht weltweit vielerorts zurück. Zumindest war dies die Situation vor einem Jahr. Parallel zu dieser Ausschreibung wurde in Heidelberg im Sommer 2011 eine international besetzte Diskussionsrunde „Germanistik in der Welt. Zur Lage des Faches“ veranstaltet, an der Teilnehmer aus China, Deutschland, Finnland, Georgien, Griechenland, Italien, Kanada, Neuseeland, Polen, Russland, USA und Spezialisten für die arabischsprachige und die spanischsprachige Welt sowie die baltischen Länder teilnahmen. Der Teilnahmekreis war in hierarchischer Hinsicht bewusst bunt gemischt von den Studierenden über Doktoranden und einen Junior-Professor bis hin zu international renommierten Wissenschaftlern, um die Perspektiven aller Generationen und aller Betroffe-

nengruppen einzubinden. Insgesamt herrschte eine eher pessimistische Stimmung vor – in erster Linie nicht einmal wegen der drückenden Lasten der Bürokratie und der steten Reformzwänge und der Ökonomisierung von Studienabläufen und -inhalten, sondern wegen des in vielen Ländern – aber auch nicht überall (Ausnahmen sind z. B. China, Indien und die arabischsprachige Welt) – beobachtbaren Rückgangs des Interesses an der deutschen Sprache und damit eines gravierenden Rückgangs germanistischer Einrichtungen (z. B. in den Niederlanden). Die deutsche Sprache ist bzw. war, so schien es, nicht mehr attraktiv. „Das Deutsch-Lernen an den Schulen geht rapide zurück, Englisch genügt in immer mehr Ländern, und so braucht man für das Deutsche keine Lehrerausbildung mehr, mit der die Auslandsgermanistik bisher vorwiegend beschäftigt war. Und wenn die Institute überleben wollen, dann müssen sie sich neue Aufgaben suchen, um Studenten auf andere Berufe als den des Lehrers vorzubereiten, auf Berufe im Bereich Wirtschaft, Tourismus, Kommunikation.“ (KELLETTAT 2010:27)

Diese Entwicklung wird gerade in Ländern wie Polen besonders schmerzlich empfunden, weil hier das Interesse an der deutschen Sprache über Jahrzehnte (und länger) immer sehr groß und stabil war. Im westlichen Teil Polens war Deutsch lange die mit Abstand am liebsten gewählte Fremdsprache an Schulen aller Art, auch die Zahl der Sprachkurse war sehr hoch und die Nachfrage unter den Erwachsenen sehr groß. Paradoxerweise haben die politische Wende, die politische Öffnung und nicht zuletzt der EU-Beitritt Polens zur dominierenden Position des Englischen beigetragen. Diese weltweite Tendenz wird manchmal auch durch die Regierung(en) – auch in Deutschland –, aber auch durch Prozesse an Universitäten und im Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb unterstützt wie der Bevorzugung der Anträge auf Drittmittel für englischsprachige Studiengänge oder eine falsche Gleichsetzung von ‚Internationalisierung‘ der Universitäten und Hochschulen mit einem Lehrangebot nur in englischer Sprache.

Unter den während der Heidelberger Veranstaltung diskutierten Erklärungsansätzen für den Rückgang des Interesses am Deutschen schält sich im Nachhinein jedoch einer als – womöglich – besonders treffend heraus: Deutschland hatte noch einige Jahre zuvor in ökonomischer Hinsicht fast schon als ‚kranker Mann‘ Europas gegolten, mit dem Erlernen der deutschen Sprache als der Sprache einer wirtschaftlich absteigenden Nation schien kein großer Gewinn verbunden. Auffällig war freilich, dass in dieser Zeit und nach einer Phase kommunikationsorientiert ‚einfachen‘ Sprachunterrichts nun ausgerechnet Menschen ein Interesse an der deutschen Sprache und Literatur

Zum Schwerpunkt

und Kultur und – ausdrücklich – Philosophie zu zeigen begannen, die sich als intellektuelle Einzelgänger bewusst für das angeblich Schwierige entscheiden und das, was andere lieber meiden und was vielleicht vordergründig nicht ökonomisch, gerade deshalb aber geistig gewinnträchtig zu sein verspricht. Nur wenige Monate nach dieser Heidelberger Diskussion jedoch galt Deutschland im Zuge der Finanzkrise plötzlich wieder als wirtschaftlich stärkstes Land Europas, aus den Krisenländern ist eine deutliche Abwanderungstendenz junger Menschen nach Deutschland zu verzeichnen. Nicht nur in Griechenland, in Portugal und Spanien, nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt steigt nun plötzlich die Nachfrage zunächst nach Deutschkursen. Nie zuvor hatte das Goethe-Institut so viele Deutschlerner zu verzeichnen wie 2011 (DB 2012).

Natürlich sind Deutschkurse beim Goethe-Institut etwas völlig anderes als ein Germanistik-Studium, aber ihre bloße Zahl ist doch ein Frühindikator für Entwicklungen, die in den Büchern der Universitäten nur mit Zeitverzögerung sichtbar werden können – und tatsächlich scheint auch in Sachen Germanistik-Studium das Interesse weltweit wieder etwas zu steigen. Dieser an sich positive Befund kann freilich nicht nur glücklich machen. Er zeigt – bis in die Zusammensetzung der Studentenschaft hinein – eine Schattenseite der Ökonomisierung aller Lebensbereiche: Auch Studiengänge werden quasi nach Börsenwert taxiert, ihre Beliebtheit folgt allzu oft den Kursausschlägen von Wirtschaftsdaten (und deren Bewertung durch Agenturen und an Börsen). Solche Entscheidungskriterien bei der Studienfachwahl zeugen nicht unbedingt von Interesse am Fach und seinen Inhalten, sondern eher von einem nur vordergründigen Interesse an einem möglichen ökonomischen Gewinn, den man sich aus seinem Studium verspricht.

Als alleinige Eingangserwartung in ein philologisches Studium ist so eine Einstellung natürlich problematisch. Immer weniger Studierende bringen denn auch ausreichende Vorkenntnisse, sei es in philologischer, sei es in sprachlicher Hinsicht mit. Einige Germanistiken auch in Polen haben sich in dieser Situation entschieden, auch Bewerber mit geringeren Deutschkenntnissen als vor einigen Jahren noch verlangt aufzunehmen, was zu einer Revision der Studienpläne führt: In den Mittelpunkt der Curricula rückt damit vor allem der Sprachunterricht, das Gewicht der literatur-, kultur- und sprachwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen wird unter diesen Umständen immer geringer, auch verlagert sich tendenziell innerhalb der Fächer das Gleichgewicht. Sprachwissenschaft (von Studienanfängern oft verwechselt mit einfachem Sprachunterricht) wird gegenüber der Literaturwissenschaft stärker

nachgefragt, Kulturwissenschaft und berufspraktische Abteilungen der Fächer (Übersetzen, Wirtschaftskommunikation, Interkulturelle Kommunikation, Medien etc.) werden stärker nachgefragt als die reinen Wissenschaften. Wahrscheinlich war dies schon immer so, nur wurde die Konkurrenz zwischen wissenschaftlicher Bildung und beruflicher Ausbildung bis vor einigen Jahren nicht innerhalb der Universitäten ausgetragen. Die bis vor einigen Jahren einzige standardmäßige Berufsprofilierung, die praktisch alle Universitätsgermanistiken anboten, die Didaktik, war immer als Ergänzung zu den Wissenschaften angelegt und wurde nie als Konkurrenz derselben betrieben oder begriffen. Der Lehrerberuf bietet freilich angesichts schlechter Gehälter und zurückgehender Schülerzahlen für viele Studierende keine attraktive Zukunftsperspektive mehr, so dass Alternativangebote für die Studierenden durchaus ihren Sinn haben.

Angesichts dieser Schwierigkeiten, mit denen die Germanistik als Studienfach gerade auch in Polen zu kämpfen hat, ist es erforderlich, sich weiter Gedanken zu machen, wie das Studium zu gestalten ist, ohne dass es an Qualität einbüßt. Vielversprechend können in moderater Abkehr vom in Polen oft noch üblichen Ein-Fach-Studium Studienangebote sein, die mehrere Fremdsprachen miteinander kombinieren¹ (sie werden oft als Angewandte Linguistik angeboten) oder berufsorientierte Studiengänge, wie etwa das seit zwei Jahren in Kooperation mit der Generaldirektion der EU für Mehrsprachigkeit und Übersetzung in Poznań angebotene Masterstudium für Dolmetscher und Übersetzer. Zu begrüßen sind auch internationale Kooperationen wie etwa der gemeinsame BA-Studiengang „Interkulturelle Germanistik“ (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań und Viadrina in Frankfurt/O.). Eine weitere Möglichkeit bieten germanistische Studiengänge mit dem Ausland, die in ihre Pläne regionale Spezifika, die oft durch eine deutschsprachige Minderheit geprägt wurden, einbeziehen.

Aus Sicht der Wissenschaft ist es freilich nicht erfreulich, sich zu Ausbildungsformen gedrängt zu sehen, in deren ökonomisiertes Praxisverständnis

¹ Freilich sollte nicht übersehen werden, dass manche mehreren Sprachen gewidmete Lehrabteilungen sich Zusammenlegungen aus Gründen bloßen Sparens verdanken und nicht unbedingt einer nachvollziehbaren inhaltlichen Logik folgen; hingewiesen sei nur auf das „Department of German and Russian including Chinese and Japanese Studies“ an der University of North Carolina in Greenboro, eine Kurzvorstellung findet sich unter <http://web.uncg.edu/reg/Bulletin/Current/GRJ/Default.aspx> (2.8.2012). Ähnliche Departments wurden in den letzten Jahren mehrfach in Nordamerika gebildet.

Zum Schwerpunkt

die Verachtung der reinen Wissenschaft einverschrieben scheint. (Auch darüber korrespondierten wir.) Doch muss das wirklich so sein? Letztlich ist es Sache der Wissenschaft, ihre Bedeutung unter den veränderten Bedingungen neu herauszustellen. Dies geht freilich nur, wenn sie sich soweit auf die neuen Gegebenheiten einlässt, dass sie sich innerhalb derselben mit ihrem unaufhebbaren Mehrwert erkennen lässt. Letztlich betrifft dies die Wissenschaft selbst weniger als ihre Fähigkeit, sich an ein verändertes Publikum zu adressieren. Ihr ‚Kunde‘, wie es nun heißen müsste, ist ja nicht mehr der zur Wissensverbreitung als Multiplikator ihr verpflichtete Lehrer, sondern in stärkerem Maße als je zuvor ein beruflich flexibler Praktiker, für den Wissen nicht ein antiquarisch weiterzugebendes, quasi ‚heiliges‘ Gut ist, sondern bestenfalls ein Werkzeug voll von verwendbaren Beispielen, Techniken und Methoden, in einer unübersichtlich gewordenen Welt zurechtzukommen. Die text-, sprach- und kulturanalytische Qualität und Methodik der Fachwissenschaften kann dabei sehr hilfreich sein – wenn sie entsprechend vermittelt wird.

Immerhin zeigt sich, dass das wissenschaftliche Niveau der Universitätsgermanistiken von durchaus beträchtlichem Einfluss auf die Wahl des Studienortes sein kann; die jungen Menschen heute sind mobiler als vergangene Generationen, und die Institute müssen um Studierende konkurrieren. Da ein Studium als eine Zukunftsinvestition aufgefasst wird, die sich in erster Linie am Wert dessen orientiert, was man mit ihm erwirbt, sind Renommee und Empfehlungen, Rankings und wissenschaftlicher Ruf durchaus entscheidende Gründe für die Studienortwahl. Unabhängig von der didaktischen Attraktivität der wissenschaftlichen Fächer ist deren wissenschaftliche Produktivität so immer noch das Zentrum ihrer Fachbereiche und trägt zu deren Unterscheidbarkeit und Erkennbarkeit bei.

Doch wie lässt sich über diese Gegenwart unter der Überschrift „Germanistik morgen“ schreiben? Sollen heute schon die wissenschaftlichen Ergebnisse von morgen vorgestellt werden? Ein letzter Kritikpunkt an der Themenschreibung betrifft genau diese Formulierung. Er erschöpft sich nicht in der beckmesserischen Anmerkung, man könne als Wissenschaftler ja schlecht ‚science fiction‘ schreiben, Prophetien und Voraussagen, er trifft ein strukturelles Problem der Rahmenbedingungen, unter denen nicht nur Germanistik, unter denen Wissenschaft heute insgesamt existiert: Durch Projektprofile und Zielvereinbarungen wird die Zukunft in der Gegenwart bereits vorweggenommen und „eingepreist“ (Börsensprache), die Bewertung nicht wissenschaftlicher Ergebnisse, sondern eingeworbener Drittmittel entspricht

einer Bewertung in der Gegenwart abgegebener Versprechen über die Zukunft. Insofern gibt es aus Sicht der Verwaltung keine andere Zukunft mehr als die in der Gegenwart bereits im Voraus evaluierte. Weil der Betrieb zugleich von der Produktion immer neuer Papiere lebt, ist die Halbwertszeit jeder derartigen ‚Zukunft‘ äußerst beschränkt: Einem Projekt folgt, etwas überspitzt, nicht seine Verwirklichung, sondern das nächste Projekt, einer ‚Zukunft‘, die nie Gegenwart wurde, die nächste ‚Zukunft‘ – die Zukünfte dauern immer kürzer und werden als Massenware immer häufiger, immer wertloser. Unsere etwas unüberlegte Titelformulierung „Germanistik morgen“ stößt exakt in dieses Problem vor und löst eine weitere Aporie aus: Von welcher Zukunft soll denn die Rede sein? Von einer gültigen, einer behördlich anerkannten, einer bereits vorausversprochenen, vorausberechneten, vorausbelohnten, die, obwohl noch nicht eingetreten, bereits vergangen ist, weil bereits an neuen Projekten gearbeitet wird? Dann ließe sich nicht mehr wirklich von einem ‚Morgen‘ sprechen, sondern von einer in eine virtuelle ‚Zukunft‘ verlängerten ehemaligen Gegenwart, einer von einer bereits vergangenen Gegenwart kolonisierten ehemaligen Zukunft des Faches. Für neue, von der – aber von welcher? – Gegenwart abweichende Programmatik bliebe kein artikulierbar gültiger Raum mehr übrig – es sei denn der einer Opposition, deren Äußerung aufgrund ihrer unvermeidlichen Grundsätzlichkeit nicht mehr vorgesehen ist.

Diskussionen um die bereits erwähnte Heidelberger Diskussionsrunde konkretisieren dieses Problem vor einem weiteren Geschehenshorizont: Wohl selten klafften Erfahrungswelten der letzten renommierten Ordinarien alter Schule und des nach grundlegend anderen Mustern angetretenen Nachwuchses derart auseinander wie im heutigen Hochschulsystem. Die berufsspezifischen Erfahrungswelten jüngerer und älterer Germanisten sind durch die vielen Reformen von einer Unterschiedlichkeit, dass zwischen ihnen oft kaum eine Vermittlung möglich ist. Während die klassischen Ordinarien, die noch im Amt weilen oder als Emeriti noch äußerungswillig sind, sich auf das neue System nur soweit einlassen, als sie es zu nutzen vermögen (also kaum), ist es für die Jüngeren Schicksal. Neue Arbeitsverhältnisse, neue Aufgaben, neue, von der Bürokratie geschaffene Probleme (von oft durchaus zweifelhaftem Realitätsstatus) zwingen zur Beschäftigung mit Fragen, die für die Älteren außerhalb dessen zu halten sind, was sie als ihr Arbeitsgebiet betrachten. Zu den Diskussionen über das Schwerpunktthema gehörte die Frage, ob es um die Zukunft der Wissenschaft gehen soll, eines privilegierten Denkens und Tuns also, das die Zwänge des Projektmanagements für sich selbst als sekundär zu marginalisieren gelernt hat, um

Zum Schwerpunkt

die Konzentration auf das ‚Wesentliche‘ zu wahren, oder auch um diese ‚Nebensächlichkeiten‘, die innerhalb der aktuellen Rahmenbedingungen die Möglichkeit konturieren, überhaupt noch kleine Inseln selbstbestimmten wissenschaftlichen Arbeitens zu wahren. Offensichtlich stehen hier Erfahrungswelten gegeneinander. Über die Jahre ist ungefähr ebenso viel Kritik an den Missständen des Ordinariensystems geäußert worden wie an den bürokratischen Verrenkungen, die mit der Bologna-Reform einhergehen. Man kann darüber trefflich streiten. Doch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Kommunikation zwischen denen, die geistig noch im einen wirken durften und denen, die arbeitspraktisch schon im anderen System leben müssen, seltener gelingt als die zwischen Angehörigen unterschiedlicher Generationen entlang historischer Epochengrenzen wie der von 1945 oder 1989/90. Vielleicht liegt es daran, dass es in diesem Fall die Älteren sind, die den Jüngeren, oft auch noch nicht ‚Etablierten‘ zuhören müssten? Aber, so fragte ein potenzieller Beiträger, kann man das so formulieren? Im Gegensatz zu uns verneinte er diese Frage und verzichtete auf den angedachten Beitrag über Generationsunterschiede im Wissenschaftsbetrieb.

Wissensbestände veralten, Gewissheiten befinden sich in Auflösung – und zwar nicht durch fachlichen Fortschritt, sondern durch teils politisch, teils gesellschaftlich verursachte Veränderungen. Allein die Auswirkungen des veränderten Medienkonsums auf das Gespür für die Werthaftigkeit philologisch gesicherter Textgestalt stellt die Arbeit ganzer Generationen in Frage, wenn es nicht gelingt, den Nachwachsenden zu vermitteln, warum z. B. eine historisch-kritische Ausgabe auch für Studierende einen Mehrwert besitzt gegenüber den aus dem Netz downloadbaren digitalen oder eingescannten pdf-Versionen leicht zugänglicher Textfassungen. Der schnelle Zugriff auf diese wie auch das Problem mit Internetlexika wie Wikipedia, die sich durch Missachtung nicht aus der Welt schaffen lassen, sondern gerade vom Philologen einen erlernbaren kritischen Umgang mit ihnen einfordern, sind nicht einfach nur die Folge eines schnöden Medienwechsels. Sie sind auch Ausdruck einer weiteren Beschleunigungsstufe im Prozess von Moderne, Postmoderne, Exmoderne, Transmoderne, Doch-wieder-Moderne und einer immer schneller verlaufenden Informationsflut, die alle Lebensbereiche erfasst und sich gesamtgesellschaftlich nicht einfach durch individuelle Medien- und Informationsaskese überwinden lässt. Philologie muss dieser Überwältigung begegnen können – analytisch, aber nicht durch Nichtbeachtung; sie darf ihr durchaus und soll ihr die Langsamkeit und Bewusstheit über viele Jahre reifender wissenschaftlicher Werke entgegensetzen, anstatt die Inflation rascher billiger Texterzeugnisse mitzutragen. Doch wann hat die Germanistik eigent-

lich zuletzt ein Werk von weltweiter Wirkung hervorgebracht? Ein gesellschaftlich wirklich wirksames Stop-Schild des Denkens und der Bedächtigkeit aufgestellt?

Über all diese Fragen führten wir Gespräche mit potenziellen Beitragern des Schwerpunktthemas, telephonierten, mailten. Das Ergebnis ist bekannt und sichtbar und aussagekräftig vor allem deshalb, weil unsere vielen Gesprächspartner sich kaum alle untereinander werden abgesprochen haben. Umso dankbarer sind wir für die doch eingegangenen Beiträge. Diese sind zunächst Bestandsaufnahmen, als solche aber umso wertvoller, als sie konkrete Arbeitsbedingungen beschreiben und nicht so sehr die ‚Zukunft‘ der Projektpolitiker im Auge haben als eine Gegenwart, aus deren Tendenzen der aufmerksame Leser freilich auch einen Vorschein dessen extrahieren kann, wohin die Entwicklung unseres Faches international zielen kann, zu einer der Gegenwart trotz aller Projekte, die sich die Zukunft zu unterwerfen versuchen, letztlich doch unbekannt und in ihren Einzelheiten (hoffentlich) unvorhersehbaren „Germanistik morgen“.

Gerade in dieser Hinsicht bleibt hinzuweisen auf einen letzten Aspekt, der leider nicht intensiv diskutiert wurde, der aber unseres Erachtens auch etwas in das Interesse der Germanisten weltweit rücken sollte, nämlich die Frage nach der Rolle der heutigen Germanistenverbände jeglicher Art, sei es die Internationale Vereinigung für Germanistik, seien es nationale Germanistenverbände oder auch der Internationale Deutschlehrerverband bei der Gestaltung der Germanistik morgen. Es wäre interessant zu erfahren, wie und ob überhaupt man durch die Arbeit in solchen (inter)nationalen Gremien die Entwicklung der Germanistik in Forschung und Lehre beeinflussen kann, ob und inwieweit solche Verbände eine Chance haben, die Situation innerhalb der Germanistik, aber auch die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie zu funktionieren hat, verändern könnte. Auch die Antwort auf diese Fragen blieb (diesmal) aus. Trotz und gerade wegen aller (aussagereichen) Absagen: Das Thema bleibt spannend und brisant.

Literatur

BALZER, BERND (2009): *Quo vadis, Germanistik?* In: BARTOSZEWICZ, IWONA / HAŁUB, MAREK / TOMICZEK, EUGENIUSZ (eds.) (2009): *Argumente – Profile – Synthesen*. Wrocław (=Germanica Wratislaviensia 129), 7-21.

DB (2012): *Goethe aktuell. Rekord bei Sprachkursen: Man lernt Deutsch*: <http://www.goethe.de/uun/bdu/de8969180.htm> (2.8.2012).

Zum Schwerpunkt

- GANSEL, CARSTEN / ZIMNIAK, PAWEŁ / BAUER, KARL W. (eds.) (2008): *Der Bologna-Prozess. Konsequenzen für die germanistische Ausbildung im internationalen Rahmen*. Baltmannsweiler.
- HARTMANN, MICHAEL (2012): *Der „Hamsterrad“-Effekt*. In: *Forschung & Lehre* 19:368f.
- JANSEN, STEPHAN (2011): *Burn-out an Hochschulen – ein Interview*: http://www.academics.de/wissenschaft/burn-out_an_hochschulen_ein_interview_51215.html (2.8.2012).
- KAHLERT, JOACHIM (2012): *Der Bildungsleviathan nährt sich prächtig. Über den Plan eines Nationalen Bildungsrates*. In: *Forschung & Lehre* 19:110-112.
- KĄTNY, ANDRZEJ / LUKAS, KATARZYNA (eds.) (2011): *Germanistik in Polen. Geschichte – Perspektiven – interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt (M.)/Berlin/Bern u. a. (=Danziger Beiträge zur Germanistik 39).
- KELLETAT, ANDREAS F. (2010): *Kevin lernt Dolmetschen. Gommersbacher Skizzen*. Gernersheim.
- KUNICKI, WOJCIECH / ZYBURA, MAREK (eds.) (2011): *Germanistik in Polen. Zur Fachgeschichte einer literaturwissenschaftlichen Auslandsgermanistik – 18 Porträts*. Osnabrück.
- MAKOWICZ, BARTOSZ (2011): *Unterfinanziert und überbürokratisiert. Polen reformiert sein Hochschulsystem*. In: *Forschung & Lehre* 18:774f.
- MÜNCH, RICHARD (2007): *Die akademische Elite*. Frankfurt (M.).
- (2009): *Globale Eliten, lokale Autoritäten – Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co.* Frankfurt (M.).
- SPIEWAK, MARTIN (2011): *Burn-out bei Professoren [Interview mit Prof. Dr. Hartmut Rosa]*. In: *ZEIT-online*, 3.11.2011:<http://www.zeit.de/2011/45/Burnout-Interview-Rosa>.